

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

21.3.1926 (No. 120)

ischen Lebensstandes unter den anderer Kulturvölker führen dürfen. Der Reparationsagent hat in seinem letzten Bericht, wenn auch nur vorsichtig, angedeutet, daß dem Transier-Agents die Befugnis zustehe, den Entschädigungsverpflichtungen Deutschlands an das Ausland die erste Stelle zu sichern. Demgegenüber hat der Reichswirtschaftsminister mit Recht betont, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nach den Bedürfnissen eines Kulturvolkes bemessen werden muß, so daß also dem Vorrang der Dawesverpflichtungen eine ganz bestimmte Grenze gezogen ist. Dr. Curtius betonte, daß er bei jeder Gelegenheit die Mächte, die uns den Dawesplan auferlegt haben, daran erinnern werde, daß sie durch ihre, die deutsche Ausfuhr hemmende Handelspolitik, gegen den deutschen Grundgedanken des Dawesplanes verstoßen. Nach dem Grundgedanken des Dawesplanes ist die Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen nur durch Exportüberfluß möglich. Dr. Curtius richtete diese Mahnung besonders deutlich an England, das der deutschen Ware immer mehr Schwierigkeiten macht. England ist durch seine Unterbietung auf dem Kohlenmarkt auch schuld an der Absatzkrise im Ruhrbergbau. Dr. Curtius ist entschlossen, dem deutschen Kohlenbergbau mit den gleichen Mitteln zu helfen, wie England, wenn England sein System nicht fallen läßt.

Die Hauptfrage der Gegenwart bleibt die Gesundung der deutschen Wirtschaft. Hier vertritt der Reichswirtschaftsminister die Ansicht, daß die Regierung sich in derselben Lage befindet wie ein Arzt bei der Behandlung einer Krankheit. Man kann nur mit kleinen Mitteln nachhelfen, muß aber in der Hauptsache die Ueberwindung der Krise von der gesunden Natur des Patienten erwarten. Die Steigerung der Ausfuhr ist und bleibt die Hauptsache, und zu diesem Zweck hält der Reichswirtschaftsminister an der bisher verfolgten Politik der Handelsverträge fest. Zu den Mitteln, die im übrigen anerkannt werden können, zählen die Steuererleichterung, die Notstandsmaßnahmen, die Kredit-erleichterungen für die Industrie, die Belebung der industriellen Produktion durch Sicherung von Aufträgen aus dem Inlande und dem Auslande. Besondere Wichtigkeit aber mißt Dr. Curtius dem Zusammenarbeiten der Unternehmerverbände und den Gewerkschaften bei und er glaubt, daß sich hier eine wesentliche Besserung in der letzten Zeit durchgezeigt hat. Im ganzen genommen ein Bild von tiefem Ernst, aber doch auch ein Ausblick auf die Möglichkeit besserer Zeiten, wenn wir im Innern alle Kräfte an die Hebung der Produktion setzen und den Forderungen der ausländischen Gläubiger gegenüber unsere Lebensrechte wahren.

Das Steuererleichterungsgesetz.

Vaz, Berlin, 20. März.

Der Steueraussschuß des Reichstages legte heute die allgemeine Aussprache über die Steuererleichterungsvorlage der Regierung fort. Abg. Knochen (Rom.) bekämpft die Vorlage, die er als eine einseitige Begünstigung der Besitzenden bezeichnet. Die Regierung müsse Auskunft darüber geben, welche Geschenke sie der Großindustrie durch Steuererleichterungen und Stützungsaktion gemacht habe. — Abg. Döberich (Dnt.) legt Verwahrung ein gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Herz (Soz.) über die steuerliche Begünstigung der Großlandwirtschaft. Der Landwirt zahle keineswegs die Steuern nur vom Ueberschuß, sondern vom ganzen Verbrauch. — Abg. Schneider (Dem.) führt aus, die Ansicht, daß eine Senkung der Umsatzsteuer ohne Einfluß auf die Preise sein werde, lasse sich sachlich nicht rechtfertigen. Die jetzige Senkung könne nur eine Etappe sein auf dem Wege zur völligen Beseitigung der Umsatzsteuer. Von einem Geschenk an die Großindustrie könne nicht gesprochen werden, denn die Steuerlasten würden von der Industrie noch auf die Preise geschlagen. — Abg. Sinner (Dnt.) betont, der Widerstand gegen die Vor-

lage entspringe der Erwägung, daß ihr Zweck, nämlich die Belebung der Wirtschaft, sowie die Verabfolgung der Umsatzsteuer, nicht erreicht werden kann. Die Deutschnationalen müßten sich die Einbringung eines entsprechenden Antrages für die zweite Lesung vorbehalten. Am Montag soll die Einzelberatung der Steuervorlage beginnen.

Um die Umsatzsteuer.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

B. Berlin, 20. März.

Nach Blättermeldungen hat sich die heutige Besprechung des Reichstages mit den Parteiführern der Regierungsparteien über das Steuererleichterungsprogramm hauptsächlich mit der Tatsache beschäftigt, daß bei einzelnen Parteien Bedenken dagegen gemacht sind, die Senkung der Umsatzsteuer in den Vordergrund der Steuererleichterungsaktion zu stellen. Man ist dort der Ansicht, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer, vor allem der Vermögenssteuer, vorzuziehen sei. Auch in der Bayerischen Volkspartei besteht Meinung, die Umsatzsteuer als minderwichtig zu behandeln.

Der Zuschuß der Reichspost zu den Reichseinnahmen.

: Berlin, 20. März.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages legte heute die Beratung über das Reichspostministerium fort. In dem Etat war als Betrag des Ueberschusses, der von der Deutschen Reichspost an die Reichskasse abzuführen ist, eine Summe von 20 Millionen RM. eingezeichnet worden. Der Ausschuss legte entsprechend einem Antrag des Abg. Bruhn (Dn.) hierfür 70 Millionen als Einnahme in den Etat ein. Ferner nahm der Ausschuss eine Entschlüsselung des Abg. Steinlopp (Soz.) an: Das Reichspostministerium wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß bei einer Neuordnung der Fernsprechgelder eine Belastung der Vermögensgegenstände einer Entlastung der Vermögensgegenstände vermieden wird.

Zur Zuständigkeit des Reichspostministeriums gehört auch die Reichsdruckerei. Ein sozialistischer Redner kritisiert, daß nun der preussische Staat mit teurem Geld eine Druckerei kaufe, während die Maschinen der Reichsdruckerei zum Teil stillstehen. Ministerialdirektor Lotholz teilt mit, daß eine Vereinbarung der Reichspost dahin getroffen worden sei, von jetzt ab die Druckaufträge zu sammeln und an die Reichsdruckerei abzuführen. Abg. Bruhn (Dn.) wandte sich dagegen, daß die jetzigen Druckaufträge den Privatbetrieben abgenommen werden. Die Reichsdruckerei rentiere sich mit 15 Prozent noch recht gut. Der Direktor der Reichsdruckerei, Ellenberger, stellte fest, daß die leerstehenden Maschinen in der Hauptsache dem Notendruck der Inflationszeit gebildet hätten. Zurzeit sei das Betriebsergebnis günstig. Der Ueberschuß betrage etwa 20 Prozent.

Die Anrechnung der Parteizuständezeit.

: Berlin, 20. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages folgte nach der Etatsberatung die Besprechung der Frage, ob und in welchem Umfang die Parteizuständezeit als Ruhegehaltsfähige Dienstzeit zu gelten hat. Auf Grund des § 46 des Ruhegehaltsgesetzes, der diese Frage regelt, mußte die Personalabbaurechnung i. Z. dahin abgeändert werden, daß bei der Berechnung der Dienstzeit nur die Zeit in Anrechnung kommt, während welcher ein Beamter im einflussreichen Ruhestand im Reichs- oder Landesdienst verwendet worden ist. — Nach kurzer Debatte wurde ein Kompromissentwurf angenommen, wonach zunächst die pensionsrechtliche Regelung der Personalabbaurechnung verlängert wird mit der Maßgabe, daß sie am 31. Juli d. J. außer Kraft trete und daß die erworbenen Rechte der Beamten bestehen bleiben. Hierauf vertrat sich der Ausschuss.

Deutscher Reichstag

TU, Berlin, 20. März.

Am Regierungstisch: Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans zum Reichswirtschaftsministerium. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Abg. Raach-München (B. Sp.) wendet sich gegen die Auswüchse beim Kartell- und Syndikatswesen. Leider müßten bei den Handelsverträgen viele Konzessionen nach außen gemacht werden. Es gehe nicht an, daß Erfolge auf Kosten der schwer darniederliegenden Landwirtschaft, des Wein- und des Obst- und Gemüsebaues erzielt würden.

Abg. Krätzig (Soz.) begrüßt die Ankündigung des Wirtschaftsministeriums, das gegenüber den englischen Bestrebungen, den deutschen Export zu droffeln, Gegenmaßnahmen ergreifen werde. Der Redner beantragt die Einsetzung eines paritätischen Ausschusses, der bei beabsichtigten Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen im Kohlenbergbau beauftragt ist, eine Prüfung der Verhältnisse dieser Gebiete vorzunehmen.

Dann folgen Ausführungen des Reichswirtschaftsministers, die sich auf der 1. Seite befinden.

Abg. Dr. Dreywig (Wirtsch. Pa.) entgegnet dem Minister, daß die Regierung den notleidenden Mittelstand

bisher viel zu wenig beachtet habe. Dem Handwerker könne man es nicht verübeln, wenn es sich gegen die Ausnahmeerlasse der Regierung wehre. Gegen die Kartelle sei bisher so gut wie nichts geschehen. Der Redner fordert Beseitigung jeglicher Zwangswirtschaft. Die Mittelständler wollen sich nicht mehr als Bürger 2. Klasse und als Versuchskaninchen der Regierung behandeln lassen.

Abg. Dr. Wienbeck (D.-Nat.) bedauert die magere Antwort des Ministers auf die Wünsche des Handwerkers. Sie sei charakteristisch für die ganze Art und Weise, wie das Handwerk stets behandelt worden sei. Die Geldsäuflichkeiten und Konkurrenz im Handwerk hätten in den letzten Monaten außerordentlich zugenommen. Im Bezirk Dortmund erblickten Ende Januar 300 selbständige Handwerker Wohlfahrtsunterstützungen.

Ende Februar schon 600. Außerdem waren Ende Februar 6682 Handwerker arbeitslos. In Flensburg waren 90 Prozent der Bauhandwerker und Malergesellen ohne Arbeit. In Hannover 40 Prozent der Gesellen im Bekleidungs-gewerbe. Das Handwerk danke für Versprechungen und wolle endlich Taten sehen.

Der Redner fordert Zurückziehung des Preisabbaugesetzes und eine neue Verhandlungsordnung, ferner einen Staatssekretär für die Mittelständlerfrage.

Abg. Nienting (Str.) stellt fest, daß das Schicksal des Handwerkers eng mit demjenigen der Gesamtwirtschaft verbunden sei. Das Handwerk habe den Willen, selbständig zu bleiben und dieser Wille müsse gefördert werden. Der Redner fordert die Anlegung eines Handwerksregisters. Die Genossenschaften müssen vom Reichskohlenkommissar als Großbetriebe anerkannt werden. Die Handwerker sind mit allen anderen Berufsständen der Beamten angeheftet u. Arbeiter verbunden in dem Bestreben, die Lage unseres Vaterlandes zu verbessern.

Es sprechen dann noch eine Anzahl Abgeordnete zu dem gleichen Thema.

Vor der Abstimmung über einen völkischen Antrag,

die Zahlungen aus dem Dawesplan einzustellen, stellt sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses heraus. In einer neuen Sitzung wird beschloffen, den völkischen Antrag mit der außerpolitischen De-

batte in der nächsten Woche zu verbinden. Als die Kommunisten dann erneut die Beschlussfähigkeit des Hauses anzeigten, wird ausgesetzt. Es ergibt sich, daß nur 171 Mitglieder anwesend sind. Das Haus ist also wiederum beschlussunfähig.

Die Sitzung wird darauf abgebrochen. Montag 11 Uhr außerpolitische Debatte über Genf in Verbindung mit dem Antrag für das Auswärtige Amt und des Reichstagslers.

Schluss nach 7 Uhr.

Die Unterfuchung des Zusammenbruchs von 1918.

VDZ, Berlin, 20. März.

In den letzten Sitzungen des 4. Unterausschusses des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Kriegsverbrechen stand zur Beratung die Aussprache über das Referat des Abg. Graf zu Eulenburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Schreiben des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft über

Deutschlands Ernährungslage nach Abschluss des Waffenstillstandsvertrages

verlesen. Gegenüber dem geschätzten Ableserungslohn von 7.550.000 Tonnen wurden tatsächlich eriangt 5.592.000 Tonnen. Der Ausfall dürfte auf Erwidrerung der Erntungsstätigkeit, die sich mit der Fortdauer der Zwangswirtschaft immer mehr steigerte, zum Teil aber auch auf erhöhten Verbrauch der Selbstversorgung zurückzuführen sein. Bis zum 28. Juni 1919, dem Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages, sind insgesamt 346.029 Tonnen Brotgetreide, Futtermittel und Mehl eingeführt worden.

Es wandte sich zuerst Abg. Dr. Bergsträßer (Dem.) gegen das Referat des Grafen zu Eulenburg. Es stehe geschichtlich fest, daß die S.P.D. vom 4. August 1914 an mit voller innerer Zustimmung und in Anwendung überlieferter Grundsätze ihrer Partei den Verteidigungskrieg unterstützte. Auch der Abg. Dittmann (Soz.) übte an der Quellenbenennung des Grafen zu Eulenburg scharfe Kritik. Abg. Brininghaus (D. Sp.) verneinte auf das entscheidende die Frage, ob während eines Krieges Agitation für Beseitigung der bestehenden Staatsform erlaubt ist. Erst die Revolution habe das Auseinanderfallen der Armees zur Folge gehabt und den Friedenvertrag von Versailles ermöglicht. Abg. Graf zu Eulenburg (Dn.) wies die Kritik des Abg. Dittmann entschieden zurück. Der Sachverständige General von Knul bemerke u. a., daß über

die revolutionäre Verfassung des Armees Erlasses

authentisches Material vorliege.

Die Freitagssitzung des Ausschusses wurde hauptsächlich ausgefüllt durch ein Referat des Reichsarchivars Major a. D. Volkmann, der als Vertreter des Reichsministeriums des Innern den Verhandlungen beiwohnt und für die Frage der Stellung der oppositionellen sozialdemokratischen Parteien im Kriege zum nationalen Staat und zur Frage der Landesverteidigung als Spezialfachverständiger vom Ausschuss bestellt und vereidigt worden war. Der Referent vertrat die Auffassung, daß die oppositionellen Gruppen, und zwar die U.S.P., mit auch die linksradikalen im Gegensatz zur Wehrheitssozialdemokratie die internationalen proletarischen Sonderinteressen auch während des Krieges in den Vordergrund gestellt hätten.

Zum Schluss nahm der Sachverständige Prof. Hobohm Stellung gegen die neue Formulierung

Schnupfen

kann man nicht immer verhüten, aber immer erfolgreich bekämpfen mit — **Forman**

Ludwig Finckh.

Der am 21. März 1876 zu Neutlingen geborene Apothekersohn und Arzt, der Dichter und Schriftsteller Ludwig Finckh konnte heute seinen 50. Geburtstag feiern. Er besitzt aber Geschmad genug, irgendwo in einem Schwabensstädtle zu verschwinden, um hernach beiheiden und unangelegentlich in dem badischen Hordorf Gaienhofen in sein schönes Haus zum Dorle aus Karlsruhe und zu seinem Kinderquintett zurückzukehren.

Unsere Leser kennen Ludwig Finckh als bald gemütvollen, bald leidenschaftlich zornigen Schriftsteller vom Tag, der das Herz auf dem rechten Fleck hat und nichts auf Deutschland und auf die deutschen Landsleute im Ausland, vor allem nichts auf seine schwäbische und seine neue badische Heimatlandschaft kommen läßt. Ueber den schriftstellerlich tätigen Anteil am öffentlichen und kulturellen Leben hinaus ist aber Ludwig Finckh ein Dichter von Rang und Eigenweier und hat Anspruch auf eine Geburtstagswürdigung, wenn nun mal diese übererfrige und der blöden Lebenshaft entspringene Uebung bei anderen Schaffenden eingeführt ist.

Vollständig geworden ist Ludwig Finckh mit seinem Irisch-Lieben und persönlich durchbluteten Roman „Der Hofendoktor“. Als Frauenlob erwies er sich schon in dem vorangegangenen Bändchen Jugendgedichte, denen er den Titel „Fraue, du süße“ gab. Eine weitere Sammlung Verse heißt „Rosen“ und ein dritter Band „Mutter Erde“. Als Frauenlob endigt auch der „Hofendoktor“, in dem seinem Freunde und stärkeren Dichter Hermann Hesse ein Denkmal gesetzt ist. Als Ludwig Finckhs schönste, tiefste und abgerundete Erzählung erscheint uns „Napunzel“. In den übrigen Romanen, wie in dem echten Schwabenroman „Die Weise nach Trispstrill“, an sich einer schnurrigen Handwerksbürgen- und Taugenichts-Geschichte, ferner den „Bodenheer“ dringt eine Tendenz vor, die gewiß verehrungswürdig ist, aber der freien Entfaltung eines ausserprophetischen Kunstwerkes entgegentritt. In voller Bewußtheit Zweckroman ist der für die Wahrung und Rettung des Aus-

landdeutschtums geschriebene „Vogel Rockh“. Eine Arztgeschichte gibt der Arzt in der „Jakobsleiter“. Kleinere Skizzen und Erzählungen gemüthhaften Wesens und reiner Gesinnung finden sich allerorten und sind auch da und dort gesammelt, so im „Graspfeiser“ in der Reihe der kleinen Bodenheebücher. Eine sehr schöne Volksliederammlung gab Finckh unter dem glücklichen Stichwort „Die Lerche“ heraus. In neuerer Zeit beschäftigt sich der Dichter und setzt sich nachdrücklich ein für die Auenforschung, die sicherlich für einen zeitlichen Rückgewinnungsprozess von höchstem Wert ist. (Vgl. den nachfolgenden Aufsatz Finckhs.)

Ludwig Finckh wird, wie gesagt, ohne Aufhebens über die fünfzigjährige Schreite und als unentimentaler Schwabe seiner Art gemäß schlicht, tapfer, jeden jüdischeitigen Volksgegnossen brüderlich amnütend, sein deutschreues und volllebendes Leben weiter zu bezeugen suchen. Dazu entbieten wir dem Gaienhofener Doktor und Freund, dem Schwaben, der Bader geworden ist, herzhaften Gruß und Wunsch.

Karl Joho.

Ludwig Finckh-Buch. Eine Auswahl aus dem Schaffen des Dichters.

Mit der neuesten photographischen Aufnahme Finckhs und einem Geleitwort von Martin Lang. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.)

In Proben aus allen Werken des Dichters spiegelt sich ausdrucksvoll das Wesen Ludwig Finckhs. Mit überrausendem Reichtum tritt er vor seine Leser: als Erzähler, Plauderer, Dichter und Richter, als treuer Eckart seines Volkes und Schutzbewahrer der besten deutschen Kräfte; Herz und Geist und Charakter. Unberührt von allen modischen Strömungen, behalten Finckhs Erzählungen und Gedichte ihren dauernden Wert, wie alles Echte und Naturhafte bleibt vor dem bloß Gemachten und Erkünstelten. Der Auswahlband zeigt, welchen Schatz das deutsche Volk an Finckhs Persönlichkeit hat. Fast 50 Beiträge mit einem schönen Einführungswort von Martin Lang geben eine erschöpfende Kenntnis vom Schaffen des Dichters.

Ludwig Finckh und die Offschwaben.

Von

Senator Karl von Müller (Temesvar).

Die Offschwaben, oder richtiger gesagt einige ihrer Führer, wussten schon lange von Finckh, ehe er selber zu ihnen ins Banat und nach Siebenbürgen kam. Sie wussten von ihm, daß er ein tiefer, ein inniger, ein schwäbischer Mensch ist, daß aus seinen Dichtungen das weit aufgetane Herz des befeindeten Mannes spricht, und daß er mit Apokryphen die nicht zuletzt für das Offschwabenvolk so bedeutungsschwere Lehre der Familienkunde verknüpft.

Im November 1924 kam er selber zu uns; ich hatte ihn eingeladen. Er las aus seinem Lebenswerk. Man lauschte mit angehaltenem Atem, die Auen haleten gerührt an der Schlichtheit des Mannes am Vorkiesisch, und am Ende waren sie alle aufgewühlt und bingerrissen, die da im Temesvar Deutschen Hause vor Ludwig Finckh dem Feinen, dem Gültigen, dem Bahren, dem Verhehrenden saßen. Schließ-lich sprach der Dichter über die Schickale der Familien, über das Befehlende der Familienforschung, über das Verbindende davon, das sozial Ausgleichende, aber auch über die Mahnung der jungen Lehre, ander Blut nicht wahllos, nicht blind dem Erbe des eigenen einzufußern und sich nicht stumpfsinnig fremden, vielleicht zu ganz anderem Baum aufaufzupflanzen. Der Stoff fesselte die Zuhörer. Schon waren ja Offschwaben am Werke, ihre Familie zu „entdecken“, und besonders begierig war man, den erben Banater Auen der Familie an seine reichsdeutschen Eltern und Verwandten anzuknüpfen. Finckh auch dichterisch fesselnde Ausführungen haben den und jener unter uns angepornt, und schon gelangen Anknüpfungen. In einigen Fällen hatte der feine Poet von Gaienhofen die erfahrene Hand dazu gefiehet. Er darf sich rühmen, Fäden gepinnnen zu haben zwischen Offschwaben und ihren nun neu entdeckten Verwandten im Reich, er darf sich rühmen, damit

neue Bande zwischen Deutschland Nummer eines u. Deutschland Nummer zwei gewebt zu haben. Nicht minder beeinflusst wurde aber auch der, der vom persönlichen Auftreten des Dichters angeregt, zu Büchern des Meisters ergriff. „Vogel Rockh“ etwa, zur „Weise nach Trispstrill“ zur „Jugenddeutschen Streife“, zum „Brüder Deutschen“. Noch fest man bei uns, unter denen viele leben, die in der Madriantzeit einen geitigen Knacks haben davontragen müssen, nicht eben viel. Wer aber schon zu lesen versteht, wer nicht in der hinterprudenten Controverse Mahler seine „deutsche Maffiterin“ sieht, und in der ersten vom Natürlichen, vom Sinnigen, Jungen, Arbeitenden der Finckhschen Dichtung. Man mag sich, ein Finckhsches Buch vor sich, recht wohl im Seitenhiff eines geitigen Domes vorformen, veranfert in alter, brauner Banf vor einem zierlichen geschmittenen Altärechen, dessen Silber uralte, traute, vertraute Sprache sprechen, oder aber man steht vor einem uralten Dorffischlein, und ringsum bewegen sich Finckhschen des gleichen Flutes, und sie bereden alle lei Schickale, so den oder jenen dabei und in der Fremde eingepinnnen haben. Möglich geht es einem auf; auch du bist gemüthmaken in der Fremde und trägst am deutschen Schickale, hinausziehen, an der Welt faheln und unbeständig dafür bleiben zu müssen; auch dir lebt ein Vogel Rockh; und auch dir ist eine große, schöne Mutter gegeben: Deutschland, das du lieben mußt, wie Finckh es liebt; innig und treu; das du dadurch lieben mußt, daß du deiner deutschen Art treu bleibst und bestrbst bist, im guten Sinne immer deutscher zu werden.

Unter denen, die ihm, dem Feinschneidenden, vom Geburtstagsrummel kaum Erbaueten, die Band des dankbaren Fremdes entgegenrichten, steht das offschwäbische Volk nicht an letzter Stelle. Es liebt Finckh, und ich selber, als ein Führer der Offschwabenheit, ... nun ... Ludwig Finckh aus Neutlingen, besucht am Vodersee in Gaienhofen, weiß ja, wie ganz, ganz hoch ich ihn stelle. Mit fasthollischen Deutschen haben in uneren Landstädten ab und zu „Bildhauer“ anbahnmahnend stehen, nicht selten läche, mit feinem barm Ortsgefühl in das Gelände gestaute, alte graue Fenen der Vergangenheit, und es ist

der Dolchstoß-Theorie in dem Referat des Abg. Graf zu Eulenburg.

Die Beschlüsse der Londoner Arbeitszeitkonferenz.

Das Arbeitsministerium veröffentlicht die Beschlüsse der internationalen Arbeitszeitkonferenz über die Auslegung des Washingtoner Abkommens.

Darnach soll sich Artikel 1 des Abkommens über die 48-Stundenwoche auf alle industriellen Unternehmungen beziehen, ganz gleich, wie viel Personen in dem Unternehmen beschäftigt sind.

Zu Artikel 2 ist beschlossen worden, daß die Arbeitsstunden die Zeit umfassen, während deren die Beschäftigten zur Verfügung des Arbeitgebers stehen.

Beginnender Rückgang der Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 20. März. Wie die Spät-Abendblätter melden, ist auf dem Berliner Arbeitsmarkt in der abgelaufenen Woche eine leichte Besserung eingetreten.

Investigations-Kommission.

Zu den Errungenschaften der neuen Zeit gehören auch eine ganze Anzahl von Neuschöpfungen, die unermesslich eingeleitet worden sind.

Hundert Jahre Ahnenschaft.

Es ist überaus lehrreich, sich seine Ahnentafel zu 8 Ahnen aufzustellen, also Eltern, Groß- und Urväter, und über diese 3 Generationen, über die letzten 100 Jahre seines blühendsten Lebens zu gewinnen.

Um anderen Mut zu machen, muß man immer sich selber beim Fragen paßen. Ich habe unter den 14 Ahnen dieser letzten 100 Jahre 2 Apotheker, 3 Kaufleute, 2 Landtagsabgeordnete, einen Stadtschultheißen und 1 Schuhmacher.

des Völkerverbundes festgelegt. Praktisch wirkt diese neue Kontrolle so, daß Deutschland, auch wenn es in den Völkerverbund eingetreten ist und einen Ratssitz erhalten hat, in allen Fragen, die seine eigene Rüstungskontrolle betreffen, vollständig ausgeschlossen wird.

Zwei Punkte verdienen noch ganz besonders hervorgehoben zu werden. Der Untersuchungsplan des Völkerverbundes teilt die Nationen in drei Kategorien: in Sieger, Besiegte und Neutrale.

Der Artikel 213 des Versailler Diktates sagt, daß der Völkerverbund die weitere Rüstungskontrolle Deutschlands übernehmen soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verfasser dieses Artikels nicht an eine ständige Überwachung gedacht haben.

80. Geburtstag des Generals von Klud.

Seinen 80. Geburtstag feierte gestern in Berlin-Grunewald Generaloberst a. D. Alexander v. Klud.

bei der 2. 62 (Vaterseite 71, Mutterseite 53), bei der älteren 78 Jahre (Vaterseite 80, Mutterseite 66). Danach erreichte die Mutterseite ein weit früheres Alter als die Vaterseite: 65 gegenüber 75.

Alle diese Ahnen leiten sich aus der schwäbischen Reichsstadt Neulingen ab, mit einer Ausnahme, die von Oberhausen bei Honau, auf der Alb stammt.

Mein Sohn und meine Töchter haben unter den 14 Ahnen dieser Zeit 2 Apotheker, 1 Abgeordneter, 1 Stadtschultheißen, 1 Bergmann (Oberberggrat), 2 Juristen, 1 Arzt und Schriftsteller.

Bei meinen Kindern kommen zu den vorigen Ahnen: 1 Obervoigt, 1 Abgeordneter, 1 Schlichter,

1893 als Oberleutnant zum Stabe des Regiments über. Kaisers Geburtstag 1896 wurde Klud Kommandeur des Landwehr-Regiments I, Berlin und im April Oberst. Juni 1898 Kommandeur des Pommerschen Kavallerie-Regiments 34 in Bromberg, kam er im Mai 1899 als Generalmajor und Kommandeur der 2. Infanteriebrigade nach Gleiwiß und wurde im Februar 1902 Führer der 37. Division, deren Kommandeur er unter Beförderung zum Generalleutnant im April wurde.

Badische Politik

Ein Antrag auf Förderung des Zuderrückenbaues.

Die deutshationale Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß beschleunigte Maßnahmen getroffen werden, die es ermöglichen, den deutschen Zuderrückenbau als Hauptträger intensiver landwirtschaftlicher Kultur zum Segen für die ganze deutsche Volkswirtschaft zu erhalten.

Vorläufiges Ergebnis des Volksbegehrens in Baden.

Nach dem vorläufigen Ergebnis des Eintragungsverfahrens beim Volksbegehren zur Eintragung der Fürsten wurden im Lande Baden insgesamt 499 293 Eintragungen vorgenommen.

Weitere Einzelergebnisse des Volksbegehrens in Baden.

Es haben sich am Volksbegehren beteiligt im Bezirk Zaubersbühlheim rund 20 Prozent der Stimmberechtigten, in Weingheim 51 Prozent, im Amtsbezirk Lohr 25 Prozent, Amtsbezirk Rehl 22 Prozent, Amtsbezirk Konstantz 35 Prozent, Amtsbezirk Mühlheim 22 Prozent, Amtsbezirk Emmendingen 19,68 Prozent, Amtsbezirk Dersbach 29,68 Prozent, Amtsbezirk Waldkirch 34 Prozent, Amtsbezirk Neustadt 31,58 Prozent, Amtsbezirk Lörzach 40,67 Prozent, Amtsbezirk Donauheimgingen 23 Prozent, Amtsbezirk Bruchsal 33 Prozent, Amtsbezirk Freiburg 28,5 Prozent, Amtsbezirk Heidelberg 35,6 Prozent.

Das Volksbegehren in der Pfalz.

12. Ludwigshafen, 19. März. Am Volksbegehren haben sich in der Pfalz rund 30 Proz. sämtlicher Stimmberechtigter beteiligt.

licher Stimmberechtigter beteiligt. Die Parteien, die das Volksbegehren veranlaßten, die S.P.D., U.E.P. und die R.P.D. haben bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 in der Pfalz 158 682 Stimmen erhalten, beim Volksbegehren nur 147 450 Stimmen.

Verschiedene Meldungen

Rückkehr des Kreuzers „Berlin“.

Berlin, 20. März. Der Kreuzer „Berlin“ wird am Montag, den 21. März um 5 Uhr nachmittags von seiner halbjährigen Auslandsreise in Kiel wieder eintreffen.

Hohe Strafe wegen Steuerhinterziehung.

Milchau (Oberbanern) 20. März. Der Kaufmann Alfons Kell wurde wegen fortgesetzter Vergehens der Hinterziehung der Umsatz- und Einkommensteuer zu einer Gesamtstrafe von 29 000 Mark verurteilt.

Einrichtungen in Rußland.

TU. Moskau, 20. März. Das Kriegs- und Revolutionstribunal Tiflis hat vier Brüder Sawaliew wegen der Verabreichung der türkischen Diplomatenpost im vergangenen Jahr zum Tode verurteilt.

Zusammenstöße mit Wild- und Holz-Dieben.

Berlin, 18. März. In einer kleinen Anfrage im preussischen Landtag wurde danach erwiesen, daß seit Ende 1919 bei 473 Zusammenstößen mit Wild- und Holzdieben 63 Forstbeamte getötet und 69 mehr oder weniger schwer verletzt worden seien.

Den Sohn und sich selbst erschossen.

Berlin, 20. März. Nach Blättermeldungen aus Oldenburg hat sich gestern der als Viehzüchter in ganz Oldenburg bekannte Landwirt Dr. Karl Thangen in Rodenkräher das Leben genommen, nachdem er seinen achtjährigen Sohn erschossen hatte.

Veit Groh & Sohn Feine Herrenschneiderei Tuchhandlung Kaiserstr. 193/95 Telefon 3009

Kunst und Wissenschaft.

Vortragsabend Ludwiga Willner. Ludwiga Willner ist in Karlsruhe — glücklicherweise! — kein Fremder mehr. Sein Ruf, als Vertreter einer einzigartigen, ganz im klassischen Leben- und von klassischem Adel erfüllten Vortragskunst ist so fest gegründet, daß er keiner neuen Befähigung bedarf.

